



Ortsgespräch

APRIL 2021 - INFORMATIONEN DER SPD HOHENSTEIN

SONDER-AUSGABE
NACH DER
KOMMUNALWAHL
2021



Nein, das ist kein Wahlkampf. Das ist ein Skandal!

Seit Dezember 2020 kein Haushaltsbeschluss!

Bereits im Dezember 2020 hat der Gemeindevorstand den Haushaltsentwurf für das Jahr 2021 der Gemeindevertretung vorgelegt. Zunächst konnte man sich nicht über die Höhe der Gebühren für Frischwasser und Schmutzwasser einigen. Ende März (nach der Kommunalwahl) erfolgte dann die Beschlussfassung nach der Beratung im Haupt- und Finanzausschuss und die Vorlage der Berechnungen des Gemeindevorstandes einstimmig. Unabhängig davon halten CDU und FWG nach wie vor an der Streichung einer vom Gemeindevorstand im Stellenplan vorgesehenen Stelle im Bauamt der Gemeinde Hohenstein fest.

Diese Sachbearbeiterstelle befasst sich u. a. mit den modernen Themen Digitalisierung, Bauüberwachung und Vermessung. Diese Stelle erfordert hohe fachliche Kompetenz und ist dringend notwendig, um die Kernkompetenzen des Bauamtes schnell, unkompliziert und vor allem bürgerfreundlich umzusetzen

Blockade des gemeindlichen Handels

Aus vorgenanntem Grund wurde der Haushaltsentwurf der Gemeinde Hohenstein in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung von den Fraktionen der CDU und der FWG abgelehnt. Diesem unrechtmäßigen Beschluss musste unser Bürgermeister Daniel Bauer widersprechen.

Eine Haushaltssatzung ist eine Pflichtsatzung!

Ohne sie ist die Gemeinde Hohenstein derzeit so gut wie handlungsunfähig. Nur Pflichtaufgaben dürfen getätigt, aber keine neuen Projekte ange-

SPD



Hohenstein

Inhalt:

Das ist ein Skandal!

Blockade

Pflichtsatzung

Politischer Versorgungsposten

HerausgeberIn:

SPD Ortsverein

Hohenstein,
Glockengasse 12,

65329 Hohenstein,

kotakt@spdhohenstein.de
www.spdhohenstein.de

Redaktion:

Daniel Ott,
Helga Becker,
Brigitte Rost

Fotos:

Privat: Seite 1,

V.i.S.d.P

Daniel Ott

Nein, das ist kein Wahlkampf. Das ist ein Skandal!

stoßen werden. Ohne beschlossenen Haushalt sind die notwendigen Ausgaben blockiert und das gemeindliche Handeln wird massiv behindert. Bei allem Sparwillen ist das vollkommen unverständlich.

Wie stellen sich CDU und FWG die zukünftige Personalentwicklung vor? Welche qualifizierte Fachkraft wird sich bei der Gemeinde bewerben wenn sie damit rechnen muss, dass ihre Stelle immer wieder in der Gemeindepolitik öffentlich diskutiert wird. Es wäre für jeden Bewerber unzumutbar. Diese Unsicherheit hat auch gravierende Auswirkungen auf die gesamte Belegschaft. Der gute Ruf der Gemeinde ist dadurch massiv beschädigt.

Und jetzt das – ein politischer Versorgungsposten soll geschaffen werden

Die CDU will in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung am 26. April die Stelle eines hauptamtlichen Beigeordneten schaffen. Nach ihrem Willen soll die Stelle einer Fachkraft gestrichen und dafür ein hauptamtlicher Wahlpolitiker versorgt werden. Also ca. 100.000 Euro pro Jahr für eine absolut verzichtbare Position den Bürgerinnen und Bürgern Hohensteins aufbürden. Der Rheingau-Taunus-Kreis mit einer Einwohnerzahl von 187.160 (Stand 31.12.2019) hat seit vielen Jahren einvernehmlich über alle Fraktionen im Kreistag keinen hauptamtlichen Beigeordneten. In Taunusstein, der größten Stadt des Rheingau-Taunus-Kreises, wurde dieser Versorgungsposten auch abgelehnt und in Oestrich-Winkel wurde nur aufgrund eines Formfehlers der Bürgerentscheid zur Abschaffung eines hauptamtlichen Ersten Beigeordneten gekippt. Was kann die CDU nur geritten haben, einen hauptamtlichen Ersten Beigeordneten in unserer Gemeinde bei nur rund 6.164 Einwohnern (Stand 31.12.2019) installieren zu wollen? Will sie ein Mitglied ihrer Partei mit einem überaus gut bezahlten Posten versorgen? Spielt das Argument des Sparens nur dann eine Rolle, wenn es sich nicht um Interessen der CDU und ihrer Mandatsträger handelt? Und wie will die FWG ihren Wahlversprechen gerecht werden, die im vergangenen Wahlkampf für eine Verschlankung der Verwaltung und für striktes Sparen angetreten ist? Die Argumentation, man wolle dafür die Stelle der Hauptamtsleiterin nach ihrer Pensionierung (frühesten 2026) einsparen, verfängt jedenfalls nicht.

Erstens ist diese Stelle in jeder Verwaltung mit Fachleuten besetzt, die im Regelfall verbeamtete, diplomierte Verwaltungsfachwirte sind. Der politische Erste Beigeordnete kann diese fachlich hochqualifizierten Verwaltungstätigkeiten nicht übernehmen und das wäre auch nicht seine Aufgabe.

Zweitens gibt es mit der Änderung der Hauptsatzung keine Gewähr, dass man schon im kommenden Stellenplan eine entsprechende Stelle für den hauptamtlichen Ersten Beigeordneten vorsieht.

Vor der Wahl hat die CDU keinem gesagt, was sie vor hat. Warum eigentlich nicht? Weil es hier um eigene Interessen geht? Das ist dem Wahlbürger gegenüber unredlich.

Das können wir uns nicht leisten!

Das Spiel von CDU und FWG muss endlich beendet werden. Politische Versorgungsposten, wie der eines hauptamtlichen Ersten Beigeordneten in einer 6.000-Seelen-Gemeinde, kosten die Bürger in den nächsten Jahrzehnten nicht nur Jahr für Jahr rund 100.000 Euro (das entspricht ca. 60%-Punkten Grundsteuer B). In der Folge kommen noch Ruhegalts- und Pensionsansprüche hinzu, die von der Gemeinde noch jahrzehntelang zu bezahlen sein werden.

Wollen Sie die nächsten Jahrzehnte für einen politischen Beamten zahlen, den sich hessenweit KEINE Gemeinde unserer Größe leistet? **Wir nicht!**